

KRITISCHE ÖFFENTLICHKEIT, DEMOKRATIE UND MACHT

WAHR SAGEN

Von **Denknetz- Kerngruppe** Wahr zu sagen ist die Bemühung, alle relevanten Fakten auf den Tisch zu bekommen und diese Fakten kritisch zu analysieren. Eine widerstandsfähige Kultur des Wahr Sagens ist der Lackmустest für eine Gesellschaft, die auf der demokratischen Regelung der öffentlichen Angelegenheiten basiert. Ein solche Kultur des Wahr Sagens steht von Seiten der Mächtigen schon seit je unter Druck.

In den letzten Jahren ist nun aber ein eigentlicher Zerfallsprozess in Gang gekommen, der mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der weltweit mächtigsten Nation eine neue Stufe erreicht hat. Dabei geht es nicht mehr „nur“ um Druck und Zensur, also darum, wer sich im Kampf um die publizierten Fakten und deren Bewertung durchsetzt. Vielmehr wird in Frage gestellt, dass das Bemühen um Faktentreue überhaupt noch von Belang sein soll.

Offen wird behauptet, wahr sei, was für wahr gehalten wird. Gleichzeitig führt der Aufstieg des Internets und der Sozialen Medien zu einem Erosionsprozess bei den klassischen Leitmedien (Presse, führende Fernseh- und Radiostationen). Die beiden Trends kombinieren sich: In den sozialen Medien lassen sich unkontrolliert und mit geringem Aufwand Lügen, Halbwahrheiten und Hassbotschaften verbreiten. All dies findet statt vor dem Hintergrund einer Weltlage, die von zunehmenden sozialen, nationalen und politischen Gegensätzen, von wachsender Labilität und von unübersichtlichen Konfliktlinien geprägt ist.

Diese Gemengelage gibt zu Besorgnis Anlass. Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit, lautet das bekannte Diktum des US-Senators Hiram Johnson aus dem Jahr 1914. Das gilt auch umkehrt: Zerfällt eine Kultur des Wahr Sagens, dann zerfällt auch der Schutz vor Willkür, vor Gewalt und vor der Macht des Stärkeren.

Die Denknetz-Kerngruppe hat deshalb in einem längeren Diskussionsprozess die vorliegenden Thesen Wahr sagen: Kritische Öffentlichkeit, Demokratie und Macht erarbeitet. Unser Anspruch ist es, mit diesen Thesen die aktuellen Entwicklungen möglichst treffend zu analysieren und eine Reihe von normativen und politischen Aussagen zu machen, mit denen eine emanzipatorisch-demokratische Politik gestützt wird. Dabei wenden wir uns unter anderem auch in aller Deutlichkeit gegen Vorstellungen, wonach ein lockerer Umgang mit Fakten zulässig sei, wenn damit linke Anliegen gefördert würden. Wir halten dies für unvereinbar mit einer Stützung und Stärkung der Demokratie, weil unseres Erachtens jede Form der Abwertung des Wahr Sagens den Zerfall einer demokratischen Kultur begünstigt.

Unsere Thesen bewegen sich auf der Ebene des politischen Diskurses. Im Zentrum stehen Fragen der Demokratie. Erkenntnistheoretische Debatten können dabei lediglich summarisch eingefangen werden. Ebenso hätte eine Analyse der strukturellen Bedingungen, unter denen geforscht und gelehrt wird, den Rahmen der Thesen gesprengt. Wir bitten diesbezüglich um Nachsicht.

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.“ - US-Senator Hiram Johnson, 1914

I. Wahr sagen und Demokratie

1.

Im Zentrum unserer Thesen steht der Begriff des Wahr Sagens. Darunter verstehen wir die fortlaufende Bemühung, alle relevanten Fakten auf den Tisch zu bekommen und Erklärungen zu finden, die den jeweiligen Sachverhalt möglichst akkurat wiedergeben. Fakten müssen also einerseits ermittelt und benannt, andererseits auch kritisch aufgearbeitet werden. So reicht es zum Beispiel nicht aus festzustellen, dass die durchschnittliche Temperatur auf der Erde ansteigt. Es braucht vielmehr überprüfbare Erklärungen dafür, warum dies geschieht. Ebenso braucht es belastbare Modelle über die Wirkungen auf die Ökosphäre und auf die Lebensbedingungen für die Menschen. Erst auf einer solchen Grundlage kann über sinnvolle Massnahmen im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung diskutiert, können zielgerichtete Massnahmen identifiziert und entsprechende Entscheide gefällt werden.

2.

Werden absolute Wahrheitsansprüche erhoben, deutet dies auf herrschaftsförmige gesellschaftliche Verhältnisse hin. Ein statisch-absoluter Wahrheitsbegriff führt zwingend zur Frage, wer denn die Macht beanspruchen kann, über die Feststellung der Wahrheit zu entscheiden. Das vermeintliche Gegenargument, wonach es beliebig viele verschiedene Wahrheiten gäbe, hilft allerdings auch nicht weiter. Die Bemühung, Fakten zu

eruiieren und dabei zu trennen von verschiedenen Sichtweisen und Wahrnehmungen, allenfalls auch von Lügen und Verschleierungen, bleibt für eine demokratische Verständigung essenziell. Deshalb sprechen wir nicht von Wahr haben, sondern von der Bemühung des Wahr Sagens.

3.

Eine Kultur des Wahr Sagens bildet die unabdingbare Grundlage, damit demokratische Körperschaften kompetente Entscheide fällen, umsetzen und wenn erforderlich korrigieren können. Aus der Umsetzung entstehen wiederum neue Erfahrungen, die ausgewertet werden im Bemühen, auf verbesserter Grundlage wiederum Wahr zu sagen, womit ein nächster Lern- und Gestaltungszyklus beginnt. Auf solchen Lernprozessen basiert die Akzeptanz demokratischer Entscheide. Wahr Sagen basiert also auf einer normativen Haltung und ist gleichzeitig prozessbezogen und dialogisch. Dies mag – zum Beispiel in Bezug auf lernende Organisationen - banal erscheinen, ist für Gesellschaften aber alles andere als selbstverständlich, insbesondere auch deshalb, weil wesentliche Bereiche in Wirtschaft, Handel oder Finanzwelt privaten Interessen gehorchen und einer lernenden Gestaltung weitgehend entzogen bleiben.

Zur Umsetzung demokratischer Entscheide gehört die Durchsetzung entsprechender Rechtsnormen. Auch bei der Durchsetzung des Rechts ist eine Kultur des Wahr Sagens unerlässlich. Bei Rechtsverletzungen müssen alle relevanten Fakten auf den Tisch kommen und von möglichst unabhängiger Seite

beurteilt werden. Ist dies nicht gesichert, dann machen sich Korruption und Willkür breit – zum Vorteil derjenigen, die über mehr Ressourcen und mehr Macht verfügen.¹

II. Kapitalismus, Komplexität, Vernunft

4.

In Gesellschaften, die von tief verankerten Klasseninteressen, Diskriminierungen und territorialen Gegensätzen geprägt sind, werden Fakten und Erklärungen zu einem heftig umkämpften Feld. So versuchen herrschende Klassen und ihre Verteidiger*innen, die Bevölkerung von der Unausweichlichkeit und der Vorteilhaftigkeit ihrer Macht zu überzeugen, auch wenn dafür manche Tatsachen verzerrt und manche Fakten verschwiegen werden müssen. Dabei nehmen sie auch massgebenden Einfluss auf Bildung, Lehre und Forschung sowie auf die Medien. Im Kapitalismus kommt erschwerend hinzu, dass er schon durch seine grundlegende Praxis mehrere, einander widersprechende gesellschaftliche Rationalitäten schafft. Was aus Sicht eines einzelnen Unternehmens rational ist (z.B. Kosten zu sparen), kann aus Sicht einer Gesellschaft vollkommen irrational sein (z.B. wenn dadurch die Umwelt geschädigt und das Klima erhitzt wird). Dieselbe Spaltung der Rationalitäten ergibt sich auch zwischen einzelnen Wirtschaftsstandorten und der Weltgesellschaft. Diese ständig neu befeuerten Spaltungen und Interessensgegensätze untergraben eine stabile Kultur des Wahr Sagens.

5.

Eine besondere Bedeutung ha-

ben Denkfiguren und Erzählungen, die die Herrschaft stützen sollen. Aktuelle Beispiele dafür sind die Denkfigur, die besagt, der globalisierte und deregulierte Kapitalismus sei alternativlos; oder diejenige, wonach jeder Versuch, die „inhärente Intelligenz der freien Marktwirtschaft“ zu übertreffen, die die Ressourcen bestmöglich verteile und zuordne, unweigerlich zu bürokratischer Planwirtschaft führe. Herrschende streben an, solche Denkfiguren als unhinterfragbar zu markieren und jeder Kritik zu entziehen. In den Redaktionen der Mainstreammedien, an Universitäten oder in Behörden wird oft ein explizites oder zumindest stillschweigendes Einverständnis mit herrschenden Denkfiguren gefordert. Damit wird der Bereich des Denkbaren eingeeignet. Wer sich ausserhalb dieses ‚Konsens‘ bewegt, muss mit offenen oder versteckten Sanktionen rechnen.

6.

Besondere Beachtung verdient die Denkfigur, wonach gesellschaftliche Verhältnisse zu komplex geworden seien, um einer direkten demokratischen Steuerung zugänglich zu sein. Demokratie könne deshalb bestenfalls als Verfahren zur Machtbegrenzung der Eliten und ihrer Expert*innen verstanden werden und nicht als Verfahren zur unmittelbaren Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Tatsächlich lässt sich eine Tendenz in Richtung wachsender Komplexität beobachten. Unser Wissen und unsere technischen Fertigkeiten nehmen laufend zu, ebenso die globale Vernetzung und die entsprechenden komplexen Wechselwirkungen. Dennoch steht die Tendenz zu wachsender Komplexität nicht isoliert

da. Gesellschaftliche Systeme können ihre Grundstabilität und damit ihre Lebensfähigkeit nämlich nur so lange bewahren, wie sie von wirkungsmächtigen Prozessen laufend wieder in Ordnung gebracht und dabei in ihrer Komplexität wieder reduziert werden. Die Tendenz zu wachsender Komplexität muss also zwingend durch eine gegenläufige Tendenz zur Begrenzung der Komplexität in Schach gehalten werden, wenn Gesellschaften überleben wollen.²

Dies ist auch die Grundlage dafür, dass es möglich ist, bei der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse das Wesentliche herauszuarbeiten, mit dem Ordnungen hergestellt und gestützt werden. Wichtig ist allerdings, dass Aussagen zu einem solchen Wesenskern hinterfragbar bleiben müssen, wenn sie nicht zu Dogmen erstarren sollen.

Demokratie kann und muss nun gerade als ein zentrales Verfahren verstanden werden zur Optimierung von Komplexität. In der demokratischen Entscheidungsfindung wird die jeweilige Ausgangslage solange bearbeitet, bis Alternativen klare Konturen gewinnen und die Betroffenen und Beteiligten sinnvolle Entscheide fällen können. Demokratie erlaubt überdies die breite Mobilisierung von Wissen, Wahrnehmung und Engagement, um diese für die Problemlösung verfügbar zu machen (was wiederum die Bedeutung des Wahr Sagens unterstreicht). Demokratie ist gegenüber der Komplexität der Gesellschaften also keineswegs auf verlorenem Posten – im Gegenteil ist sie ein bestmögliches Verfahren, um ordnend in die Verhältnisse einzugreifen zu können.

III. Kritisches Denken

7.

Wir haben in These 1 betont, dass die reine Ermittlung von Fakten nicht ausreicht. Diese Fakten müssen eingeordnet und analysiert werden. Dabei kann bereits die Frage, welche Fakten denn relevant sind und welche nicht, nur mithilfe angemessener analytischer Modelle und Verfahren geklärt werden. Wahr

Sagen ist also auf kritisches Denken angewiesen. Kritisches Denken fragt nach den Hintergründen und will wissen, welche Interessen im Spiel sind. Kritisches Denken nimmt Beziehungen und Wechselwirkungen und damit auch das jeweilige Ganze in den Blick und vermeidet eine zerstückelte Weltsicht. Es will gesellschaftliche Verhältnisse aus ihrer Geschichte heraus - als von Menschen gemacht - verstehen und untersucht dabei auch deren Veränderbarkeit.

In Gesellschaften, die von gegensätzlichen Interessen geprägt sind, gibt es keinen neutralen Standort. Kritisches Denken ist deshalb explizit parteiisch und nimmt Stellung zugunsten derjenigen, die unterdrückt, diskriminiert und ausgebeutet werden.³ Kritisches Denken will dazu beitragen, dass Ökosysteme vor ihrer Zerstörung bewahrt werden und den Menschen und den andern Lebewesen ihre Lebensräume erhalten bleiben. Es interessiert sich für die Frage, wie Widerstand gegen Ausbeutung und Zerstörung gestärkt und wie Demokratie bewahrt und weiterentwickelt werden kann. will ideologische Denkfiguren dekonstruieren und demokratie-averse Komplexitäten als solche erkennbar machen.

8. Kritisches Denken beschäftigt sich auch mit Sprachstrukturen und Begrifflichkeiten. Zum Beispiel hinterlassen lange geschichtliche Perioden der Diskriminierung und Ausbeutung in der Sprache Sedimente, die selbst wiederum diskriminierende Wirkungen entfalten – zum Beispiel, weil aufgrund dieser Sedimente Herrschaftsverhältnisse nach Geschlecht, sozialer Stellung, Religion oder Nationalität als naturgegeben erscheinen. Solche Sprachmuster müssen aufgelöst und alternative Begriffe entwickelt werden, und für deren Durchsetzung muss gestritten werden.

IV. Herrschaft, Wahrheit, Krise

9. Herrschaft ist im Kapitalismus einem Wahrheitsparadoxon ausgesetzt. Der Kapitalismus verändert andauernd die Bedingungen von Herrschaft. Im Kapitalismus können sich Regierungen, aber auch mächtige Konzerne ihrer Zukunft nie sicher sein.

Deshalb sind bürgerliche Eliten daran interessiert, dass ökonomische, gesellschaftliche, ökologische, ideengeschichtliche und politische Entwicklungen zumindest bis zu einem gewissen Grad laufend erkundet und debattiert werden. In autoritären Regimes und erst recht in totalitären Diktaturen wird dies nur noch reduziert oder gar nicht mehr zugelassen – und damit steigt die Gefahr, dass Herrschende neue Entwicklungen versäumen und sich in Gebilden der Selbsttäuschung verheddern. In Phasen stabiler gesellschaftlicher Verhältnisse sind Freiheiten der Debatte und

der Meinungsbildung für die Herrschaft des Kapitals deshalb wünschenswert, solange diese Herrschaft nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. In solchen Phasen wird auch eine Kultur des Wahr Sagens kaum offen bestritten.

10. Anders verhält es sich in Krisenperioden, in denen sich Interessensgegensätze zuspitzen, internationale Kräfteverhältnisse erodieren, breite Schichten der Bevölkerung „abgehängt“ werden oder ökologische Krisen drohen. In solchen Situationen wird es für die Herrschenden riskant zuzulassen, dass sämtliche relevanten Fakten frei erkundet und ausgewertet werden, denn dies würde die Neigung der Beherrschten fördern, mehr Macht und Einfluss einzufordern. Nun gewinnt der Wille, die eigene Herrschaft zu sichern gegenüber den Vorteilen einer freien Meinungsäußerung an Bedeutung.

Trump, Bolsonaro, Salvini oder Erdogan sind das Ergebnis einer solch krisenhaften Dynamik. Sie sind nicht einfach „Betriebsunfälle“ der liberalen Demokratie, wie oft suggeriert wird. Sie wirken vielmehr darauf hin, die Kultur des Wahr Sagens zu zerstören. Sie arbeiten mit Verschleierungen und Lügen und diffamieren gleichzeitig alle, die ihre Lügen anprangern. Solche Praxen müssen als das verstanden werden, was sie sind: Als der Versuch, ein politisches Klima zu etablieren, in der es legitim ist, Alles und Jedes dem Kampf um Macht und Herrschaft unterzuordnen. Sie sind Ausdruck des verschärften Standortwettbewerbs, und sie ebnen das Terrain für autoritäre Herrschaftsregimes.

11. Auch wenn die Durchsetzung von Herrschaftsinteressen immer schon mit der Maxime transparenter Information kollidiert ist; auch wenn zum Beispiel der Irakkrieg mit der Lüge gerechtfertigt wurde, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen, so wäre es dennoch fatal, die Bedeutung des gegenwärtigen Paradigmenwechsels zu unterschätzen. Es geht nicht mehr nur um ein Falschspielen, bei dem die Spielregeln selbst nicht in Frage gestellt werden. Es geht nicht mehr nur darum zu Lügen und die Lügen zu kaschieren (und damit anzuerkennen, dass es eigentlich Lügen sind). Es geht vielmehr darum, die Spielregeln auszuhebeln und Lügen zur Normalität zu erklären. Eine solche Erosion einer demokratischen Kultur des Wahr Sagens geht schnell in die offene Einschränkung der Meinungsfreiheit über – es gibt nun keinen gesellschaftlichen Konsens mehr über den Wert des Wahr Sagens und einer freien Berichterstattung. In ihrer Logik entspricht ein Trump'sches Verständnis von Lüge und Wahrheit denn auch demjenigen, dass in Zeiten kriegerischer Konflikte etabliert wird, in denen die „Informationspolitik“ den Kriegszielen unterworfen wird.

12. Prozesse, in denen moderate Demokratien durch autoritäre Herrschaftsformen ersetzt werden verlaufen nicht linear. Rechtsnationalistische Bewegungen werden mit Sicherheit auch wieder erhebliche Rückschläge erleiden. Doch wenn diese Rückschläge nicht zu einer essenziellen Stärkung der Demokratie führen – und das heisst

unter anderem zu einer Wende in der Klimapolitik, zu einer gerechteren Verteilung des Reichtums und zu einer Demokratisierung der Wirtschaft – dann wird auf einen solchen Rückgang ein neuerlicher rechtsnationalistischer Aufschwung folgen, möglicherweise verbunden mit einer weiteren Radikalisierung dieser Kräfte und mit einer Steigerung der Gewalt. Deshalb ist für das Denknetz die Stärkung der Demokratie und der Kultur des Wahr Sagens der zentrale Angelpunkt einer fortschrittlichen Politik.

13.

Wir wenden uns mit Nachdruck gegen die Vorstellung, die Verpflichtung zum Wahr Sagen dürfe einer progressiven politischen Agenda unterordnet werden, weil es sich dabei ja um fortschrittliche Anliegen handle. Doch jede Form der Abwertung des Wahr Sagens begünstigt den Zerfall einer demokratischen Kultur. Wir halten dies deshalb für unvereinbar mit den Zielen der Stärkung der Demokratie und der Überwindung von Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung.

Die Linke hat überdies allen Anlass zur selbstkritischen Reflexion der eigenen Geschichte. Bürokratische Apparate werden immer wieder von neuem problematische Eigeninteressen entwickeln. Bestehende Machtverhältnisse üben eine Sogwirkung auf alle aus, die Privilegien zugeeignet sind – auch auf linker Seite. Und natürlich erzielen auch drohende Repressalien ihre Wirkung. All dies bringt eine Kultur des Wahr Sagens in Bedrängnis. Deshalb muss gerade die Linke ein selbstkritisches Verhältnis zur eigenen Politik pflegen und sich

unmissverständlich dem Wahr Sagen verpflichten.

14.

Die Gemengelage der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen ist zudem beileibe nicht immer eindeutig. Auch unter den Beherrschten dieser Welt bestehen erhebliche Konfliktlinien und Interessensgegensätze. Kolonialismus und Imperialismus haben hier ebenso tiefe Spuren hinterlassen wie die Jahrtausende alte Unterdrückung von Frauen durch Männer oder religiöse Spaltungen und Kämpfe. Zudem gewinnen gegenwärtig neue Konfliktlinien erheblich an Bedeutung, etwa diejenigen, die aus der unterschiedlichen Betroffenheit durch die Klimaerwärmung resultieren. Solche Interessensgegensätze müssen offen benannt werden; nur so bestehen ernst zu nehmende Chancen, sie fruchtbar zu bearbeiten und sie im Sinn einer Politik des Guten Lebens für alle tendenziell zu überwinden. Auch dafür ist die Orientierung am Wahr Sagen unerlässlich.

V. Kritische Öffentlichkeit

15.

Das Fundament einer kritischen Öffentlichkeit bilden widerständige Netzwerke und Bewegungen wie etwa die Gewerkschaften, die Klimastreikbewegung, die Frauenbewegung, linke und grüne Parteien und NGO. Sie entwickeln ihre je eigenen Formen der Kommunikation. In dem Masse, wie sie sich auch untereinander vernetzen, formieren sie das Geflecht einer kritisch-emanzipatorischen Zivilgesellschaft und damit die Basis einer kritischen Öffentlichkeit. Kritische Medien (Zeitschriften,

Buchverlage, Radiostationen, Videokanäle, Onlinemedien) sichern die diskursiven Räume, in denen sich diese kritische Öffentlichkeit entwickeln und etablieren kann. Auch wenn es sich dabei oft um Medien mit beschränkter Reichweite handelt, so darf ihr Einfluss nicht unterschätzt werden. Sie schaffen einen Rahmen dafür, dass sich eine Sprache der Kritik herausbildet und erhält, und dass sich kritische Individuen, Bewegungen und Organisationen produktiv verständigen können. Kritische Medien, widerständige Netzwerke und Bewegungen schaffen gemeinsam die Bedingungen, damit sich Diskurse zur kritischen Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse und zu ihrer Veränderung herausbilden können. Kritische Berichterstattung gelangt auch immer wieder punktuell in die Mainstream-Medien – zumindest solange eine Kultur des Wahr Sagens in breiteren Teilen der Gesellschaft einen gewissen Stellenwert behält.

16.

Die herkömmlichen Leitmedien, die die öffentliche respektive die veröffentlichte Meinungsbildung prägen, sind in den letzten Jahren in Bedrängnis geraten. Eine bedeutende Rolle spielt der Zerfall der Werbeeinnahmen, die zu den grossen Monopol-Plattformen im Internet abwandern. Ein weiterer Grund liegt darin, dass online-Medien günstiger produzieren und jederzeit mit aktuellsten Informationen präsent sein können (wobei damit nicht gesagt werden soll, das Wachstum der online-Medien sei per se eine negative Entwicklung). Zudem erzeugt auch die Kommerzialisierung der Medienwelt einen Druck in Richtung Anpassung

und Verflachung der Berichterstattung. Dadurch entsteht eine besorgniserregende Erosion des Qualitätsjournalismus. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Qualitätsjournalismus und ein Mindestmass an medialer Pluralität bilden die Grundlage dafür, dass Fakten und Argumente in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine Rolle spielen (auch wenn sie oft herrschaftsförmig aufbereitet werden), und dass Willkür und Gewaltherrschaft eingehegt werden können. Demokratische Rechte und Verfahren sind auf eine plurale, qualitativ gute und kritische Berichterstattung in den Mainstream-Medien angewiesen.

17.

Aus dem Gesagten ergeben sich für das Denknetz vier Grundanliegen:

Das Denknetz setzt sich vorbehaltlos für die Kultur des Wahr Sagens ein, die auch eine kritische Sicht auf eigene Positionen, Organisationen und politische Praxen einschliesst.

Das Denknetz setzt sich mit Nachdruck ein für die demokratischen Rechte der freien Meinungsäusserung, der Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit, sowie der freien Forschung und Lehre.

Das Denknetz tritt ein für die

Stärkung einer kritischen Öffentlichkeit, die in der Lage ist, eigene Diskursräume zu entwickeln und gegenüber dem Sog von Macht und Herrschaft Autonomie zu erhalten.

Das Denknetz setzt sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Qualitätsjournalismus und für die dabei erforderlichen Produktions- und Arbeitsbedingungen ein. Angesichts der oben geschilderten Erosionsprozesse muss Qualitätsjournalismus mit öffentlichen Mitteln gestützt und gefördert werden.



1 Für eine Vertiefung dieser demokratiepolitischen Fragen verweisen wir auf die 18 Denknetz-Thesen für eine starke Demokratie (http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/starke_demokratie_def.pdf)

2 Das Problem ist demnach nicht die Komplexität als solche, sondern das, was als Komplexitätsparadoxon des Kapitalismus beschrieben werden kann. Der Kapitalismus schafft andauernd überschüssige, sachlich nicht gerechtfertigte Komplexität alleine schon dadurch, dass er in den Konzernleitungen eine Vielzahl voneinander unabhängiger, zueinander in Konkurrenz stehender Entscheidungszentren etabliert. Viele wichtige Informationen werden dabei als Geschäftsgeheimnis oder Patent markiert und der Öffentlichkeit entzogen. Weitere Komplexitätstreiber sind die permanente Beschleunigung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Schaffung ständig neuer Produkte und Verfahren, die kaum mehr zu kontrollieren sind (z.B. die Unzahl von derivativen Finanzprodukten) oder das ständige Aufeinanderprallen von öffentlichen und privaten Interessen. Diese überschüssige Komplexität wird im Kapitalismus „kompensiert“ durch die banale Einfachheit der ökonomischen Grundregel, die er für Unternehmen bereitstellt: Mach aus Geld mehr Geld und sei dabei bes-

ser als deine Konkurrenz, und Sorge dafür, dass du dabei nicht gestört wirst, etwa durch Gewerkschaften oder Umweltbewegungen. Diese Verquickung von überschüssiger Komplexität mit einer simplen Handlungsanweisung ist Quelle unzähliger gravierender Probleme und gleichzeitig ein Hindernis für die demokratische Kontrolle und Steuerung essenzieller gesellschaftlicher Bereiche. Die Schaffung von überschüssiger und schädlicher Komplexität ist in den letzten Jahrzehnten zudem zu einer wichtigen Herrschaftstechnik geworden. Wenn etwa transparente, öffentliche Einrichtungen privatisiert werden (ein staatlich organisiertes Gesundheits- oder Bildungswesen, eine öffentliche Sozialversicherung usw.), explodiert in der Regel die Komplexität, weil Märkte ihrer eigenen Logik folgen und die Eigeninteressen der auf Gewinn ausgerichteten privaten Stakeholder mit öffentlichen Interessen massiv kollidieren können. Dadurch entsteht eine konflikthafte Dynamik, die einen hohen Regulationsbedarf erzeugt. Oft entstehen dadurch Gebilde, die kaum mehr zu verstehen, geschweige denn sinnvoll zu steuern sind – und oft ist dies auch beabsichtigt oder zumindest ein willkommener Nebeneffekt. Beispiele dafür sind etwa die Zweite Säule der Altersvorsorge in der Schweiz, oder das als Obamacare bekannte Gesetzeswerk zur Regulierung des stark markt-

förmigen US-Gesundheitswesens, das 2000 Seiten Gesetzestext umfasst.

3 Dennoch sucht kritisches Denken ein Höchstmass an relativer Distanz zu den jeweils untersuchten Verhältnissen. Es ist dabei nur ein scheinbares Paradoxon, dass die bewusste Parteilichkeit eine gute Grundlage für diese Distanznahme bildet. Denn nur von einem klar bestimmten Standpunkt aus wird eine solche Distanz überhaupt erkennbar, und nur mit einem klaren Standpunkt kann dem Druck der Herrschenden zu Anpassung, Auslassung und Verfälschung widerstanden werden. Wer hingegen einen solchen Standpunkt zu vermeiden trachtet, wird mit einem unauflösbaren Dilemma konfrontiert: Werden Verhältnisse als veränderbar beschrieben, so provoziert dies die Reaktion derjenigen, die an diesen Veränderungen kein Interesse haben. Werden umgekehrt Verhältnisse als nicht veränderbar beschrieben, so dient dies womöglich ihrer Rechtfertigung. Deshalb sind auch aus wissenschaftlicher Sicht diejenigen Vorgehen am vielversprechendsten, die die Veränderbarkeit von einem deutlich erkennbaren Standpunkt aus untersuchen.